

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Die Planung der neuen Turnhalle geht voran

Von Seiten des SKV-Vorstandes wird alles getan, damit in unserer Stadt die Situation des Mangels an Turnhallenplätzen in spätestens zwei Jahren verbessert werden kann. Die ersten Pläne für eine Zweifeldhalle mit einem Anbau für Sanitär- und Gymnastikräume oder andere sportliche Nutzung sind erstellt und die Zuschussanträge eingereicht. Das Bauvorhaben wird auf der Rückseite der Bachmannhalle errichtet. Nachdem seit vielen Jahren die Stadt und der Kreis über die Engpässe bei der Hallenvergabe informiert waren, tat sich nichts. Auch als im Rahmen der Sanierung der Bürgermeister-Klingler-Schule bekannt war, dass die dort vorhandene kleine Schulturnhalle abgerissen wird und dafür auch wieder nur eine Einfeldhalle errichtet werden soll, weigerten sich Stadt und Kreis eine größere Halle in diesem Zusammenhang zu bauen, obwohl der Platz vorhanden und die Kosten relativ günstig wären.

In Anbetracht dieser Tatsachen sprang der Verein ein und erklärte sich bereit eine Zweifeldhalle mit zusätzlichem Anbau zu errichten, wenn gleichzeitig der Kreis den Betrag zuschießt, den der Bau der Einfeldhalle verursacht hätte und die üblichen Zuschüsse der Stadt und des Landes fließen. Dafür ist dem Vorstand der SKV zu danken. Der Verein übernimmt hiermit eine Aufgabe, die von der öffentlichen Hand übernommen werden müsste. Nachdem die Bereitschaft des Vereins bekannt war vergingen noch weitere Monate, und es bedurfte eines erneuten Anstoßes der DKP im Gemeindeparlament, bis der Bürgermeister tätig wurde. Es kann nicht angehen, dass auch

die Städte und Gemeinden aus Gründen der Finanznot sich immer mehr, so wie es Bund und Länder vormachen, vor solcher Verantwortung zurückziehen. Wer, wie in diesem Falle die SKV in Mörfelden oder die TGS in Walldorf, eine Sporthalle baut, der muss auch für die laufende Unterhaltung, die Folgekosten und für Hausmeister, Reinigungskräfte sowie Heizung, Strom, Wasser und Abwasser aufkommen. Verursacht durch höhere Ausgaben müssten die Vereinsbeiträge steigen, die sich wiederum die Ärmsten, die Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger und Niedrigverdiener nicht mehr leisten könnten. Bei Fortsetzung dieser Politik ist abzusehen wann das gewohnte Angebot für „Jedermann“ im Breitensport nachläßt. Hoffen wir, dass das Vorhaben

gelingt, das sportliche Angebot des Vereins noch verbessert werden kann und in Zukunft keine Abteilung mehr an einen Aufnahmestopp denken muss. Die DKP hat mit zwei vom Stadtparlament beschlossenen Anträgen im Jahre 2002 und 2005 auf die Situation aufmerksam gemacht, die Stadt aufgefordert, dem Vorhaben jede Unterstützung zukommen zu lassen und wird sich auch in Zukunft für eine ungekürzte Vereinsbezuschung einsetzen. Die dieser Tage aufgetretenen Differenzen zwischen der Schulleitung, dem Kreis als Schulträger und der SKV sollten einvernehmlich beizulegen sein. Der Kreis hätte wissen müssen, dass die Schule das Gelände, auf dem die Halle zu stehen käme, ebenfalls verplant. Lehrer und Eltern sollten aber auch wissen, dass in unserer Stadt ein enormer Mehrbedarf an Turnhallenplätzen besteht und dass wahrscheinlich auch Schüler ihrer Schule auf der Warteliste stehen um in eine Gruppe bei den Radsportlern oder bei den Trampolinern aufgenommen zu werden.

Heinz Hechler



Demo nach der Maikundgebung im Bürgerhaus auf der Westendstraße in Mörfelden: „Keine Rente mit 67!“, „Arbeitszeitverlängerung bedeutet: Arbeitsplatzabbau!“.



*Abschlusskundgebung des Ostermarsches 2006 auf dem Frankfurter Römerberg. Auch aus unserer Stadt waren Bürgerinnen und Bürger dabei.*

## Die Zeit ist reif für Widerstand

Die CDU/SPD-Koalition arbeitet an einen neuen Schub des radikalen Sozialabbaus. Auf die vom Kabinett beschlossene Mehrwertsteuererhöhung will, die Bundeskanzlerin Merkel auf keinem Fall verzichten. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte ab 2007 wird eine durchschnittliche Belastung pro Bürger-Haushalt um 29 Euro im Monat bedeuten. Die Beschränkung der Pendlerpauschale ab 2007 wird die Bevölkerung mit 3 Milliarden Euro im Jahr belasten. Die Streichung der Eigenheimzulage raubt den Bürgern 1,5 Milliarden Euro und die Zahlung des Kindergeldes nur noch bis zum 25. Lebensjahr (bisher bis zum 27.) zieht der Bevölkerung 0,2 Milliarden Euro aus den Taschen. Und dies sind nur einige Belastungen, die allein der schon beschlossene Koalitionsvertrag bringt, die deutlich machen, dass die Arbeitnehmerhaushalte die wichtigste Melkkuh der Großen Koalition sind.

Dagegen profitieren die Konzerne in Milliardenhöhe von dem Regierungskurs. Allein durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge werden die Unternehmen um ca. 6 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Durch nochmals verbesserte Abschreibungen werden den Unternehmen pro Jahr 4,3 Milliarden Euro geschenkt und 2008 soll eine weitere Unternehmenssteuerreform in Kraft treten, die den Unternehmen weitere Milliarden Euro in die Kassen spülen und in die Staatskasse neue Löcher reißen wird. Weitere Grausamkeiten bereitet die Regierung auf Anforderung der Unternehmer vor. Mit der geplanten Gesund-

heits"reform" werden weitere Milliarden Euro aus den Taschen der Bevölkerung gezogen. Der Kündigungsschutz wird weiter ausgehöhlt, da erst nach zwei Jahren ab Einstellung der Kündigungsschutz greifen soll. Passend dazu fordert der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) „eine grundlegende Neuordnung unseres Arbeitsrechts“, das für Investoren nachvollziehbar und flexibler sein soll und für die Betriebe mehr Freiräume haben muss. Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sollen weiter ausgehebelt werden. Dies wird die „Freiräume“, dies wird vor allem die Machtposition des Kapitals gegenüber den Beschäftigten weiter stärken und eine Politik des „Hire and fire“, eine Politik der Erpressung, des Lohn- und Sozialabbaus voran treiben. Doch damit ist es für Kapital und Kabinett noch lange nicht genug. Aus der Kiste der

neoliberalen Grausamkeiten holen sie nun Vorschläge von Ex-Superminister Wolfgang Clement (SPD) heraus. Da wurde die „völlige Freigabe der Ladenschlusszeiten“, die „Modernisierung der Arbeitsstättenverordnung“, der „Abbau von Arbeitsschutzrechten“ empfohlen und nicht zuletzt die „Aushöhlung des Jugendschutzgesetzes“ befürwortet. Für die Große Koalition scheint nun die Zeit reif zu sein, um weitere schmerzhaft Einschnitte in die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner durchzuführen. Dass erfolgreich Widerstand geleistet werden kann gegen diesen reaktionären Sozialabbau, zeigte uns der Kampf der Jugend und Gewerkschaften in Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern. Mit Kabinett und Kapital muss man auch bei uns nun endlich Französisch reden.

*Aus: UZ*



*Ein Foto von der SchülerInnen-Demo am 27. April in Frankfurt am Main, unter dem Motto: „Spart uns nicht dumm!“*

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



*Die Okrifteler Straße wird wegen der A380-Werft verlegt, hier gibt es eine neue Straße. Jeder, der die Fraport-Praxis kennt, weiß, das bisschen Wald dazwischen wird auch nicht mehr lange stehen. Fakt: Hier gibt es erneut eine große Naturzerstörung. Wir haben in diesem Jahr lange auf den Frühling gewartet. Während wir diese Aufnahme machten gab es Vogelgezwitzcher, überall frisches Grün. Aber auch Bagger, Bitumen, Beton und abgesägte Bäume. Viele Flughafenausbaugegner resignieren. Dabei sollte jeder wissen: Wir brauchen den „langen Zorn!“. Sonst gibt es morgen dort und im Norden des Flughafens nur noch Ödnis.*

## Von wegen Jobmaschine

Man kennt es: Josef Ackermann präsentiert Profit-Rekord-Zahlen - und kündigt zugleich den Abbau von 3000 Stellen an. Das macht kein gutes Bild in der Öffentlichkeit.

Daraus hat Fraport-Boss Wilhelm Bender gelernt. Auch der Flughafen-Betreiber legte im März glänzende Zahlen für das vergangene Jahr vor. Doch Bender versteckte das zu diesem Zeitpunkt längst beschlossene Sparprogramm hinter dem üblichen Manager-Sprüchen: Wegen des Kostendrucks in der Luftfahrt sei auch

Fraport gezwungen, Strukturen laufend auf Kostensenkungspotenziale zu überprüfen. Der Top-Manager drückte sich also - anders als Ackermann - eleganter aus, macht aber das selbe.

Zu den Fakten: Überkapazitäten führen zu einem gnadenlosen Preiskampf unter den Fluggesellschaften. Die geben den Druck an die Flughäfen weiter. Gerade erst musste Fraport dem der Lufthansa für einen neuen Fünf-Jahresvertrag über die Bodenabfertigung rund 20 Millionen Euro nachlassen.

Also fällt den Herrschaften nichts anderes ein als Kostensenkung. Und das bedeutet Personalabbau. Im günstigsten Fall muss die gleiche Belegschaft mehr arbeiten.

Noch vor Jahren nutzte Bender gern die Faustformel: Eine Million neue Fluggäste schaffen 1000 neue Arbeitsplätze. Davon ist - wegen der permanenten Effizienzsteigerung - schon lange keine Rede mehr. Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen sind zuletzt in aller Regel nur entstanden, wenn die EU die Sicherheitsstandards verschärft hat. Mehr Kontrollen haben tausende neue Jobs gebracht - für sieben oder acht Euro die Stunde. Die Zahl hochqualifizierter Stellen ist gleich geblieben. Den Politikern der CDU, SPD und FDP, die in Frankfurt, Wiesbaden und Berlin ständig von der „Jobmaschine“ Flughafen faseln, sollte man man gelegentlich mit geeigneten Maßnahmen deutlich machen, dass sie Schwätzer sind.

## Planfeststellungsverfahren abbrechen

Mehrheitlich abgelehnt wurde in der Stadtverordnetenversammlung im Februar ein Antrag der DKP/LL-Fraktion, den Abbruch des Genehmigungsverfahrens zum Flughafenausbau und den Rücktritt des RP Dieke zu fordern.

Im Antrag hieß es u.a.: „Die Stadtverordnetenversammlung hält die Entscheidung des Regierungspräsidenten für falsch, die Erörterung zum Flughafenausbau fortzusetzen, obwohl durch Gerichtsentscheid weitere Planungsunter-

lagen in das Verfahren einbezogen werden müssen. ... Die Stadtverordnetenversammlung fordert aufgrund der aktuellen Entwicklung den Abbruch des Genehmigungsverfahrens zum Flughafenausbau und den Rücktritt des Regierungspräsidenten Dieke, der einseitig die Geschäfte der Betreiber des Flughafenausbaus besorgt. ...“ In der Begründung schrieb die DKP/LL u.a.: „Erneut hat sich dieser Tage gezeigt, dass der Regierungspräsident - allen Mängeln im Antrag und Fehlern in der Vorbereitung zum Trotz - auf den baldmöglichsten Abschluss des Verfahrens im Interesse der Fraport AG und der Hessischen Landesregierung hin-

arbeitet. Diese äußerten sich entsprechend zufrieden. Weniger Grund zur Zufriedenheit haben die Bürgerinnen und Bürger der Region und die Städte und Gemeinden, die zur Akteneinsicht eine Unterbrechung der Anhörung beantragt hatten. Viele halten das ganze Verfahren von Anfang an für ein „Staatsschauspiel“ - sie alle dürfen sich durch diese Entscheidung und ihre Hintergründe bestätigt fühlen.“

Jetzt hat Landrat Siehr, Sprecher der Initiative „Zukunft Rhein-Main“, die Forderung nach Abbruch des Genehmigungsverfahrens aufgegriffen. Die DKP/LL-Fraktion wird darauf zurückkommen.

## 15 Jahre Altenhilfezentrum Mörfelden

Glücklich konnte sich die Stadt 1991 schätzen, als das Heim die ersten Bewohner aufnahm. Die Möglichkeit, pflegebedürftige Angehörige nicht mehr außerhalb ihres Wohnortes unterzubringen, wurde sehr begrüßt. Das Haus ist ansprechend von der architektonischen Seite als auch von der Konzeption als „offenes Haus“ innerhalb der Stadt, mit Angeboten für die Bewohner als auch für die Bürger draußen. Neben Friseur, Fußpflege und Therapeutikum steht auch die Cafeteria für jedermann offen.

Als Manko des AHZ wurden von Anfang an die hohen Kosten der Unterbringung kritisiert. Diese sind aber z.T. der architektonischen Lösung und der Einzelzimmer (zwei Einzelzimmer haben eine gemeinsame sanitäre Einrichtung) geschuldet.

Verkalkuliert hatte man sich mit der Einrichtung eines Therapeutikum mit Bewegungsbad und Sauna. Die Sauna war offenbar zu spartanisch und wurde von der Bevölkerung nicht angenommen. Und das Bewegungsbad, es hatte einmal sehr viel Geld gekostet, fiel der Leistungskürzung im Gesundheitswesen zum Opfer.

Die Einführung der Pflegeversicherung, die sich etablierenden privatwirtschaftlichen Pflegedienste, die Betreuung durch ausländische Personen zu Hause fallen in die 15jährige Zeit. Einfach wurde es für das Pflegeheim nie. Der „Kostendruck“ führte zu Einsparungen, die zu einer

mehrfachen Senkung der Standards führten. Dies wirkte sich auch bei der Honorierung und Qualifizierung des Personals aus. Die altengerechten Wohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft sind nicht mehr an den Notruf des Heims angeschlossen.

Mit der Schließung von Bewegungsbad und Sauna wurde die Tagespflege eingerichtet, mit der sich am Anfang viele Hoffnungen verbanden. Mittlerweile hat man die Werbung für diese Einrichtung eingestellt und hat sie „aus wirtschaftlichen Gründen“ zum 1. April dichtgemacht. Zu wenige Bürger hätten sie in Anspruch angenommen. „Sie wurden nicht geschlossen, sie wird zur Zeit nicht mehr angeboten,“ hieß es. Wenn sich 7 bis 10 Personen melden, könnte sie wieder betrieben werden.

Auch in Zukunft wird es Veränderungen geben. Die Einsparungen im Gesundheits- und Pflegebereich werden wohl weitergehen. Immer mehr Intensiv-Pflegebedürftige werden das Haus bewohnen. Die Altersdemenz nimmt zu. Viele Menschen können sich aus wirtschaftlichen Gründen die Unterbringung ihrer Angehörigen nicht mehr leisten. . . Pflege ist in dieser Gesellschaftsordnung zu einem Geschäft geworden. Der Humanismus bleibt dabei auf der Strecke! Eine Diskussion darüber, wie wir unsere alten Menschen behandeln, denen wir ja auch sehr oft unseren (relativen) Wohlstand verdanken, wäre angebracht. rd



*Die kubanische Gruppe „Tercer Mundo“ gastierte auf Einladung der DKP im Bürgerhaus Mörfelden. Über 400 Besucher waren begeistert. Das Laien-Ensemble „Tercer Mundo“, Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen, Studenten, Intellektuelle, kam aus Matanzas, aus der Provinz in Kuba, die viel materielle und politische Solidarität der DKP und der Freunde Kubas erfahren hat.*

*Mit Son, Salsa, Mambo, Cha-Cha-Cha setzten die 24 Tänzerinnen und Tänzer, Sängerinnen und Sänger und Musiker Zeichen der Lebensfreude, des Selbstbewusstseins der Menschen Kubas. Mit Musik und Tanz warben sie für die internationale Solidarität, lenkten unsere Aufmerksamkeit auf Kuba.*

## Fehler

Im April „blickpunkt“ berichteten wir unter: „Haushaltssperren lösen keine Probleme“ über die verhängte Haushaltssperre durch den Kämmerer unserer Stadt. Dabei wurden falsche Zahlen eingesetzt, die wir der Presse entnahmen. Richtig ist: Die Haushaltssperre umfasst insgesamt 681.648 Euro. Bei „Theater und Konzerte“ wurden 8000 Euro gesperrt. Beim „Heimatismuseum“ wurden 21.633 Euro, bei „Öffentlichen Büchereien“ wurden 256,93 Euro gesperrt. Für die öffentlichen Anlagen wirkt sich die Sperre ebenfalls negativ aus: Von den ursprünglich im Etat 2006 veranschlagten 264.298 Euro wurden 19.304 Euro gesperrt. Im Bauhof sollen die Ausgaben ebenfalls sinken: Von 259.856 Euro wurden 13.387 Euro gesperrt. Und auch für die Spielplätze gibt es weniger Gelder: Von den im Etat 2006 ursprünglich veranschlagten 100.620 Euro wurden 4125 Euro gesperrt. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.



**Herzlichen Dank allen,  
die dem »blickpunkt« helfen.  
Jeder Euro hilft, die  
Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-  
Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419  
BLZ 50852553**

**Wochenzeitung der DKP**



**Probexemplare bei der  
„blickpunkt“-Redaktion**

# Die Parlamentsarbeit hat begonnen

## Die DKP/LL-Fraktion hat sich konstituiert

Anfang April, fand die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste in der Wahlzeit 2006-2011 statt.

Der Stadtverordnetenfraktion gehören an:

Gerd Schulmeyer, Angela Kolbe, Rudi Hechler, Rudolf Dötsch, Wolfgang Ebenhöf.

Gerd Schulmeyer wurde einstimmig als Fraktionsvorsitzender gewählt.

Ebenso einstimmig wurden Angela Kolbe und Wolfgang Ebenhöf als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt.

## Angela Kolbe stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

In der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde Angela Kolbe auf Vorschlag der DKP/LL-Fraktion als stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin gewählt.

## Kreistagsfraktion Die Linke.OL konstituiert

Die Linke.Offene Liste hat in ihrer konstituierenden Sitzung Gerd Schulmeyer (Mörfelden-Walldorf) als Vorsitzenden der Kreistagsfraktion gewählt. Helmut Werner (Groß-Gerau) und Marianne Flörshäimer (Rüsselsheim) sind stellvertretende Fraktionsvorsitzende. In der Konstituierungsphase des Kreistags setzt sich die Fraktion Die Linke.OL dafür ein, dass alle Fraktionen im Kreisausschuss und den zu bildenden Kommissionen vertreten sind und mitarbeiten können.

# DKP/Linke Liste gegen bindende Zusagen

Im April gab es „Sondierungsgespräche“. Wie CDU und Grüne war auch die DKP/Linke Liste eingeladen, die Vorstellungen der SPD-Fraktion für eine Zusammenarbeit entgegenzunehmen und zu erörtern.

In einem Brief hat die DKP/LL der SPD-Fraktion mitgeteilt, warum sie sich nicht für die nächsten fünf Haushalte in die Pflicht nehmen läßt. Im Brief heißt es: *„Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 10. April haben wir eure „Eckpunkte für eine Mehrheitsbildung in der Wahlzeit 2006-2011“ entgegengenommen und ein Gespräch über eure Vorschläge und Erwartungen geführt. Euer Ziel sind stabile Mehrheitsverhältnisse. Dafür wollt ihr einen Partner auf fünf Jahre in die Pflicht zu nehmen. Vorallem erwartet ihr die Zustimmung zu den Haushalten der nächsten fünf Jahre.“*

*Diese Erwartung können wir nicht erfüllen. Auf unsere öffentliche Erklärung, dass eine Koalition für uns kein Thema ist, haben wir bereits hingewiesen. Unsere Beratungen nach dem Gespräch haben diese Haltung bestätigt.*

*Auch eine bindende Vereinbarung unterhalb einer Koalition kommt für uns nicht in Betracht. Die Erfahrungen insbesondere der letzten fünf Jahre sprechen dagegen. Allzu oft war hier gegen jede Vernunft und wider besseres Wissen keinerlei Bemühen der SPD festzustellen, auf Anliegen und Anträge einzugehen, die wir im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger eingebracht haben. Hier sehen wir in euren Eckpunkten wenig neue Ansätze.*

*Wo die SPD und die von ihr geführte Verwaltung Vernünftiges tut, kann sie mit unserer Unterstützung rechnen. Mit den von Bund, Land und Kreis vorgegebenen Rahmenbedingungen (schlechte Finanzausstattung der Kommunen, fortgesetzter Sozialabbau, Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen) finden wir uns nicht ab. Wir setzen uns in Politik und Verwaltung dafür ein, dass Mörfelden-Walldorf als soziale und solidarische Stadt entwickelt wird. Die Stadt gehört den Menschen, die hier leben und arbeiten. Ihre Interessen müssen im Vordergrund stehen. Dafür werden wir auch in der vor uns liegenden Wahlzeit mit Anträgen und Anfragen im Parlament und außerparlamentarisch eintreten. Von weiteren Sondierungsgesprächen nehmen wir daher Abstand.“*

Mitmachen bei  
der

**DKP**   
LINKE LISTE



## Und das soll halten?

An den Bahnunterführungen Ringstraße / Steinweg und an der Straße Friedhof-Kläranlage kann man diese Bewehrungen sehen, die man angebracht hat, um lose und bröckelnde Sandsteine der Bogenkonstruktion am Herausbrechen zu hindern.

Sehr vertrauenswürdig sieht das nicht aus, wenn man bedenkt, dass die Brücken täglich von mehreren hundert Zügen passiert werden, darunter Güterzüge, Nahverkehrszüge und der ICE. Die Strecke gehört zu den meistbefahrenen in Süddeutschland und ist für Geschwindigkeiten bis 200 km/h zugelassen.

Eine E-Mail-Anfrage an die Deutsche Bahn AG vom 11. April über die Verantwortlichkeit für diese Brücken wurde bislang nicht beantwortet.

„Die Deutsche Bahn AG kann auf das erfolgreichste Geschäftsjahr ihrer Geschichte zurückblicken: 2005 hat der DB-Konzern seine Verkehrsleistung sowie Umsatz und Ergebnis deutlich gesteigert.“ heißt es in der Einleitung zum Geschäftsbericht 2005 der Bahn.

Da sollte es doch möglich sein, die nötigen Mittel aufzutreiben, um diese Brücken ordentlich und nachhaltig zu sanieren und sicher zu machen, ohne die historische Bausubstanz mit den typischen Sandsteinbögen anzutasten, die zum Mörfelder Stadtbild gehören und erhalten werden müssen.

Alfred J. Arndt

# Nullrunden, Rente mit 67 - doch Minister und Abgeordnete verteidigen ihre Spitzenpensionen

Die gesetzliche Rente „bleibt der Kern der Alterssicherung“, erklärte Müntefering im Spiegel-Interview. Angesprochen auf die „Kernschmelze“ beim Ruhegeld muss er allerdings zugeben, dass die gesetzliche Rente „nicht ausreichen wird, den bisherigen Lebensstandard zu halten“. Sein Rezept: „Wenn ihr eine gute Rente haben wollt, müsst ihr selbst auch ein Stück sparen, und zwar individuell“. Wie das die 5,1 Millionen Alg-II-Empfänger machen sollen, sagte der Sozialdemokrat nicht. Denn sie hat man schon geschröpft. Man hat ihr Ersparnis und ihre private Altersvorsorge weggenommen, bis sie Anspruch auf den Regelsatz hatten. Auch die 11 Millionen Mini-Jobber und Teilzeitbeschäftigten und sonstigen Geringverdiener können wohl dem Ministerwort nicht folgen. Aber Müntefering gibt nicht auf: „Wir werden gerade in der Gruppe der Geringverdiener stärker als bisher dafür werben müssen, auch selbst vorzusorgen.“ Man könne da Verschiedenes versuchen, u. a. „Balalaika-Spielen oder Lottospielen“ (Münste-Sprüche). Abgeordneter oder Minister werden, hätte er noch hinzufügen müssen.

## Minister-Pension mit 55

Zwei Jahre Minister und man hat das nötigste für das Alter vorgesorgt. Schon nach zwei Amtsjahren und Vollendung

des 60. Lebensjahres erwirbt Mann/Frau einen Pensionsanspruch von monatlich 1.965 Euro - ein Durchschnittsverdiener muss für einen gleich hohen Rentenanspruch immerhin 75 Jahre arbeiten. Nach vier Jahren Ministeramt, also einer Legislaturperiode, kann er/sie schon mit 55 Jahren und 3.556 Euro in den Ruhestand gehen.

Was das so drin ist, zeigt das Beispiel Joschka Fischer, der es vom APO-Mann zum obersten Außenamts-Mann brachte und seit der Abwahl von Rot-Grün 2005 als 57-jähriger Anspruch auf eine Ministerpension von 10.700 Euro hat. Ex-Bundeskanzler Schröder ist ärmer dran, er bringt es nur auf einen Gesamtanspruch von 7.750 Euro, was an den strengerer Länderanrechnungsvorschriften in Niedersachsen liegt, wo er ja auch als Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter erhebliche Ansprüche erwarb. Aber er bringt sich und seine Familie jetzt mit einer Reihe zusätzlicher Mini-Jobs über die Runden: bei Gazprom, Rothschild-Investmentbank, Ruhrkohle AG, Ringier u. a.; auch eine Ich-AG will er noch gründen, einen deutsch-russischen ThinkTank für Energiefragen.

Schröders Nachfolgerin im Kanzleramt hatte bereits am Tag ihres Amtsantritts einen Pensionsanspruch von 7.255 Euro in der Tasche, aus früheren Minister- und Abgeordnetenzeiten; allerdings erst am

Ende der Legislaturperiode, wenn sie 55 Jahre alt geworden ist. Dann kommt noch der Pensionsanspruch aus vier Jahren Tätigkeit als Bundeskanzlerin hinzu: 4.355 Euro. Wird sie wiedergewählt kann sie möglicherweise den bisherigen Spitzenpensionär, Alt-Kanzler Kohl, toppen: Er kassiert monatlich 12.800 Euro auf Kosten der Steuerzahler. Für einen gleichwertigen Rentenanspruch müsste ein Durchschnittsverdiener 489 Jahre malochen.

## Abgeordneten-Pfründe

7009 Euro verdient ein Bundestagsabgeordneter derzeit. Kleineres, wie eine Reihe von Vergünstigungen, kommt noch dazu. Davon muss er nichts für die Altersvorsorge abführen, hat aber Anspruch auf eine Altersentschädigung, wenn er mindestens acht Jahre im Bundestag sitzt. Dann erhält er mit Vollendung des 65. Lebensjahres 1.682 Euro im Monat. Ein Durchschnittsverdiener muss dafür immerhin 64 Jahre in die Rentenkasse einzahlen. Mit jedem weiteren Jahr im Parlament entsteht der Anspruch ein Jahr früher und erhöht sich um 3 Prozent bis zum Höchstsatz von 4.836 Euro.

Als das Kabinett die Rente mit 67 beschloss, ließen die Minister ihr Pensions Eintrittsalter und das der Abgeordneten unangetastet. So kann ein Minister schon nach drei Jahren Amtszeit mit Vollendung des 55. Lebensjahres in Pension gehen und erhält dann 2.452 Euro pro Monat. Jedenfalls mehr als mit Balalaika-Spielen in der Fußgängerzone.

## Ihre Renten sind sicher

**Die Versorgungsansprüche ausgewählter Spitzenpolitiker und die Jahre, die ein Durchschnittsverdiener für einen gleich hohen Rentenanspruch arbeiten müsste:**

Helmut Kohl	12800 Euro	489 Jahre
Gerhard Schröder	7750 Euro	269 Jahre
Joschka Fischer	10800 Euro	409 Jahre
Hans Eichel	11500 Euro	440 Jahre
Wolfgang Clement	8770 Euro	335 Jahre
Otto Schily	7950 Euro	304 Jahre
Peter Struck	7150 Euro	273 Jahre
Angela Merkel	7255 Euro	277 Jahre
Horst Seehofer	8949 Euro	342 Jahre
Ulla Schmidt	6920 Euro	264 Jahre
Wolfgang Schäuble	7411 Euro	283 Jahre





*Nicht nur wenn die Autobahnen verstopft sind (wie an dem Tag, an dem dieses Foto entstand), sieht es in Mörfelden so aus.*

## Wie wir endlich vom Auto loskommen

5.000 Menschen will Mercedes in den nächsten Jahren auf die Straße setzen. 20.000 sollen bei VW überflüssig sein, haben die Aufsichtsräte entdeckt. Opel hat bereits jede Menge Arbeitsplätze gestrichen und profitiert derzeit von der sogenannten „Entlassungsproduktivität“ (Unwort des Jahres 2005). In anderen Ländern sieht es ähnlich aus: Fiat hat einem Drittel der Familien, die von seinen Löhnen leben konnten/mussten, die Existenz versaut; General Motors hat den Preiskrieg gegen seinen größten Zulieferer gewonnen: der ist jetzt pleite und hat alle entlassen; Ford (30.000 Jobs werden wegrationalisiert) schmeißt in Nordamerika sozusagen kleinstadtweise die Menschen aus seinen Fabriken und Bürobüroen.

Gleichzeitig heißt es allüberall in der Medienlandschaft, wie abhängig die Industriegesellschaft – und damit meinen sie uns – vom Auto sei. Ohne Autoindustrie bräche hier (in Westeuropa) innerhalb kurzer Zeit alles zusammen, erklären uns die Meinungsmacher.

Klaus Gietinger weiß es besser: Nicht jeder siebte und schon gar nicht jeder dritte, sondern nur jeder einunddreißigste Arbeitsplatz hänge vom Auto ab, erklärte der Tatort-Regisseur und Diplom-Soziologe vor kurzem im KulturBahnhof. Zumindest beschönigend dagegen die in letzter Zeit so oft wiederholte Behauptung „Autofahren wird sicherer“. Denn erstens gelte das nur für die sogenannten hochmotorisierten Länder wie Deutschland. Zweitens sind in erster Linie die Menschen in den Autos sicherer, Radfahrer und spielende Kinder werden nach wie vor zahlreich umgemäht. Drittens sterbe jedes Jahr rund eine Million Menschen im Straßenverkehr – die

Toten in den Fahrenfänger-Nationen wie China und Indien wiegen den Effekt aller Beifahrerairbags in Europa mehr als auf. Die Menschen, die wegen Rußpartikeln oder Klimaschäden sterben, sind in Gietingers Statistik übrigens noch gar nicht mitgezählt.

Wenn die Meinungsmacher (die Statistiken-Schönrechner und die Journalisten von BILD bis FAZ) also wirklich unser Bestes wollten, würden sie uns nicht erzählen, wie wichtig das Auto für unser aller Wohlergehen ist. Sie würden uns sagen, wie wir von diesen Dingen endlich loskommen.

Es ist doch klar: Wenn die Produktion von Autos irgendwann komplett nach Osten weitergezogen sein wird, profitiert hier nur noch eine kleine Gruppe davon, dass wir Arbeitnehmer alle wie wild und oft weit über unseren finanziellen Möglichkeiten, Autos kaufen: Die Aktionäre. Was hier bleibt, sind Lärm und Dreck. Dabei ließe sich mit dem Geld, das wir jedes Jahr auf die – trotz Absatzkrise prall gefüllten – Konten der Autokonzerne überweisen, ein Linienbusnetz aufbauen, das jeden von uns quasi direkt bis in seinen Wohnzimmersessel befördert. Und es wäre anschließend noch reichlich was übrig.

Übrigens: Was nicht hilft sind die Konzepte à la Rot-Grün wie Autobahnmaut, Öko-steuer etc. Die sind nämlich vor allem eins: Sozial ungerecht. Denn wenn Autofahren einfach teurer wird, können sich Arbeitslose und andere Wenigverdiener kein Auto leisten. Und wie sich der öffentliche Nahverkehr in sieben Jahren grüner Regierungs-Teilnahme (oder besser Teilnahmslosigkeit) verändert hat, haben wir ja alle mitbekommen: So gut wie gar nicht! (oz)



*Die Gewalttaten der Neonazis nehmen zu. Die NPD wächst.*

## Alarmierende Statistik

Die Statistik ist alarmierend: Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Deutschland ist im vergangenen Jahr um knapp ein Viertel gestiegen. 958 Mal schlugen Rechtsradikale zu. Die Zahl der Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund insgesamt von 12.051 im Jahr 2004 auf 15.361 im vergangenen Jahr (+27 Prozent).

Auch die Zahl der Neonazis erhöhte sich bundesweit von 3.800 auf 4.100; die Zahl gewaltbereiter rechter Skinheads und anderer unorganisierter gewaltbereiter Rechtsextremisten stieg offiziellen Angaben zufolge von 10.000 auf 10.400. Die NPD verzeichnet zur Zeit einen besonderen Zuwachs. Die Mitgliederzahl allein in Niedersachsen ist in einem Jahr von 460 auf 580 gestiegen. Nach dem Mordanschlag in Potsdam kam das Thema mal wieder in die Öffentlichkeit. Die Äußerungen von Ex-General Schönbohm und Bundesinnenministers Wolfgang Schäubles (beide CDU), der die Abschottung der DDR als Ursache für Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland bezeichnet hatte, sorgten für Kopfschütteln.

Jeder, der sich auch nur ein wenig dafür interessiert weiß, dass vor allem der soziale Abstieg und die Ausweglosigkeit vieler junger Menschen den Weg zu den Neonazis ebnet.

Die aktuellen Entwicklungen, vor allem aber auch die Gewalttat gegen den Deutsch-Äthiopier in Potsdam sollten Anlaß sein, auch in unserer Stadt intensiv darüber nachzudenken, wie man den Rechten entgegentritt. Immerhin gibt es hier gute Traditionen in der gemeinsamen Abwehr von Neonazis.

*(Dazu auch eine Infoveranstaltung über Neonazis, 17. Mai 06, 20 Uhr, im KuBa.)*

# Stadtgeschichten



Die Trauung von Georg Becker und Anna Raiss muss wohl in Mörfelden im Jahre 1926 ein besonderes Ereignis gewesen sein. Wer konnte sich schon damals in der kleinen Arbeiterwohngemeinde eine Hochzeit mit über sechzig Gästen leisten? Die Braut Anna stammte aus dem Gasthaus „Zum Goldenen Apfel“ und der Bräutigam Georg Becker, wohnhaft in der Langener Straße 34, hatte schon eine gute Stellung bei den Frankfurter Adlerwerken. Das Foto entstand vor achtzig Jahren im Hof vom Goldenen Apfel, hinter einem der heute noch stehenden Kastanienbäume. Die heute 89jährige Elisabeth (Lisa) Kuchler geb. Schulmeyer, spätere Ehefrau des Friseurs Georg Kuchler, in Mörfelden auch „Bärwelschorsch“ genannt, sicher die einzige noch Lebende unter den Hochzeitsgästen, stellte dem „blickpunkt“ freundlicherweise das Foto zur Verfügung und wusste noch vieles zu erzählen. Lisa weiß noch alle Namen, nur einige seien erwähnt. Sie sitzt unten in der ersten Reihe bei den Kindern (vierte von rechts). Ihre Mutter, dritte Reihe, dritte v. r., Elisabeth Schulmeyer, auch „Saalerliesje“ genannt, Schwester des Bräutigams, trägt dessen Sohn aus erster Ehe, Friedel Becker, auf dem Arm. In der zweiten Reihe (vierte v. r.) sitzt die „Raisse-Oma“, Marie Raiss geb. Röschel, Mutter der Braut und Chefin vom Goldenen Apfel. Links neben der Braut sitzt der Vater des Bräutigams, Schreinermeister Jakob Becker, aus der Langgasse, gegenüber dem „Schwanen“. Links neben ihm (der Mann mit Bart) Wilhelm Raiss, genannt Hinkel-Raiss, der im Haus neben dem Goldenen Apfel, heute Museumsbüro, lebendes und geschlachtetes Geflügel verkaufte. Rechts neben dem Brautpaar Maria Hartherz geb. Raiss, Schwester der Braut und ganz rechts ihr Sohn Karl Hartherz, lange Jahre Vorsitzender des Heimatvereins.



## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden April 2006:



# KuBa

11. Mai  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend.  
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben K.  
Beginn: 20 Uhr

13. Mai  
**Ü-30-Disko mit DJ Stefan**  
Beginn: 20 Uhr  
Eintritt: 2 Euro

15. Mai  
**HörBar: „Der kleine Prinz“**  
Hörbuchabend - Beginn: 20 Uhr

17. Mai  
**„Neonazis spielen Verstecken“**  
Informationsveranstaltung - 20 Uhr

28. Mai  
**Familienfrühstück**  
9:30-13:00 h

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Mer soll immer  
hinne vun de Gail  
unn vorne vun de  
Weibslait bleiwe.